



An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2473

A06

24. September 2019

**Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am
27. September 2019 – Top 1 Haushaltsgesetz 2020**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den Bericht zum Haushaltentwurf 2020 für
den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ich bitte Sie, den anliegenden Bericht an den Ausschuss für Europa und
Internationales weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
Internationales zum Haushaltentwurf 2020
für den
Ausschuss für Europa und Internationales
(September 2019)

Kapitel 02 010 Titelgruppen 62 und 63 sowie Kapitel 02 030 Ergebnis- und Transferhaushalt Europa

Ein stabiles, ein zukunftsgerichtetes Europa ist für unser international bestens vernetztes Land von vitalem Interesse. 2018 hat Nordrhein-Westfalen Waren im Wert von 128,8 Mrd. EUR in die Staaten der Europäischen Union exportiert, das sind gut 65 % der Gesamtexporte (196,1 Mrd. EUR). Beim Import sind die Zahlen ähnlich eindrucksvoll, da rund die Hälfte der Waren aus Europa kommen (146,1 Mrd.). Das wäre ohne den gemeinsamen Binnenmarkt nicht möglich.

Auch der Klimaschutz und die Energiewende kommen in einem starken Europa besser voran. Eine moderne, europäisch angelegte und auf die kommenden Generationen ausgerichtete Klima- und Energiepolitik muss mit wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit und bezahlbarer, sicherer Energieversorgung in Einklang gebracht werden.

Nach Abschluss eines erfolgreichen Vorsitzes der Europaministerkonferenz der Länder hat Nordrhein-Westfalen den Staffelstab an Rheinland-Pfalz übergeben. Ein thematischer Schwerpunkt der drei EMK-Sitzungen auf politischer Ebene war das Thema Rechtsstaatlichkeit in Europa. Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft ist auf unabhängige Gerichte angewiesen. Daher soll dieses Thema auch nach Abgabe des EMK-Vorsitzes im Jahr 2020 ein Schwerpunktthema der nordrhein-westfälischen Europapolitik bleiben. Darüber hinaus soll die Rolle der Meinungs- und Pressefreiheit als Fundament einer funktionierenden Demokratie und damit eines grundlegenden europäischen Wertes in den Blick genommen werden.

Inhaltlich werden wir einen Schwerpunkt darauf legen, welche Chancen Europa für jeden Einzelnen bietet. Das gilt nicht nur in wirtschaftlicher Sicht, sondern auch im Hinblick auf Bildung, sozialem Aufstieg und sonstigen Formen gesellschaftlicher Teilhabe. In diesem Sinne werden wir Formate anbieten, die diese europäische Idee im Mittelpunkt haben. Die Europaschulen, die Hochschulen und die Kommunen werden in die Europaarbeit weiter eng eingebunden. Gefördert wird auch die Vernetzung der relevanten Akteure, um eine Profilschärfung der Europaarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus ist es ein wichtiges Ziel, auch diejenigen zu erreichen, die derzeit nicht in der Europaarbeit tätig sind.

Die Europawoche ist ein öffentlichkeitswirksames Instrument der europapolitischen Kommunikation der Länder, das seit 1995 jährlich in zeitlicher Nähe zum Europatag am 9. Mai durchgeführt wird und sich in NRW zu einem sehr erfolgreichen Format etabliert hat. Die Anzahl der Förderanträge im Jahre 2019 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um über 40 % erhöht. Wir möchten das Format beibehalten und stärken. Es trägt gezielt zu einem Abbau von möglichen wahrgenommenen Distanzen zwischen den Bürgern unseres Landes und der EU bei und sorgt so für eine größere Akzeptanz der EU.

Wettbewerbe sind ein geeignetes Format zur Kommunikation von Europa im Bereich der Bildungsarbeit. Der Foto- und Kurzfilmwettbewerb Eurovisions richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II in NRW und wird in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Münster durchgeführt. Er wird von Lehrkräften gern eingesetzt, um sich auf kreative Weise mit europapolitischen Themen im Unterricht auseinanderzusetzen.

Die Landesregierung unterstützt das europäische Engagement der Kommunen und der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen. Ziel ist, den europäischen Gedanken lebendig in der Gesellschaft zu verankern. Mit den Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ unterstützt und ermutigt die Landesregierung europäische Aktivitäten der kommunalen und der zivilgesellschaftlichen Familie, mit der sie sich zugleich intensiv austauscht.

Die Landesregierung pflegt auch mit den Europe Direct Informationszentren (EDIC) den Dialog. Sie bieten den Menschen in Nordrhein-Westfalen dezentral vielfältige Informationen zu Europa. Damit sind die EDIC wichtige Multiplikatoren der europapolitischen Kommunikation. Die Landesregierung verstärkt ihren Austausch mit den EDIC und die Vernetzung unter den EDIC durch zwei Treffen im Jahr.

Mit dem Wettbewerb ‚Europa bei uns zuhause‘ prämiert die Landesregierung städtepartnerschaftliches Engagement in NRW ebenso wie Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Partnern in den Niederlanden und Belgien. Es können sich auch zivilgesellschaftliche Organisationen bewerben.

Zusammen mit der Europäischen Kommission und den Jungen Europäischen Föderalisten führt die Staatskanzlei die Reihe „Junges Netzwerk für Europa“ durch, mit der insbesondere junge Menschen für die europäische Idee gewonnen werden sollen. Das gilt auch für das gemeinsam mit dem Europäischen Jugendparlament und zahlreichen mittelständischen Unternehmen initiierte Programm „Europa erleben und lernen“, das jungen Menschen im Rahmen ihrer beruflichen Ausbildung Europaerfahrung vermitteln will.

Das Konzept der Europaschulen hat sich bewährt und bietet Schulen zudem Standort- und Imagevorteile. Hier findet Europa nicht nur im Politik- oder Geschichtsunterricht statt, sondern fächerübergreifend. 215 nordrhein-westfälischen Europaschulen bieten eine vertiefte Auseinandersetzung mit europäischen Inhalten, bilingualen Fachunterricht, den Erwerb internationaler Sprachzertifikate, regelmäßige europäische Austauschprogramme und Schülerbetriebspraktika im Ausland. Schulformübergreifend werden an Europaschulen interkulturelle Kompetenzen vermittelt und tragen somit zur Stärkung des Europagedankens in Bildung und Ausbildung bei. Die Landesregierung wird die Arbeit der Europaschulen unterstützen, ihre Netzwerkentwicklung vorantreiben, die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern oder Partnerregionen fördern sowie den Ausbau der Europaschulen weiter vorantreiben.

Weitere Formate wie das Hochschulformat „NRW debattiert Europa“ und „Europa erlesen“ werden finanziert. Das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, auch 2020 zusammen mit der Karlspreis-Stiftung einen „Karlspreis Europa Summit“ durchzuführen, um einen Beitrag zur Debatte über das zukünftige Europa leisten zu können.

Die Landesregierung engagiert sich auch weiterhin mit ihrer internationalen Zusammenarbeit für den Zusammenhalt der Europäischen Union. Die Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit in Europa bleiben bestehen und werden intensiviert: Frankreich, Polen und die Zusammenarbeit mit den französischen und polnischen Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien im Regionalen Weimarer Dreieck, sowie unsere Beziehungen zu Ungarn und zum Vereinigten Königreich, dem Nordrhein-Westfalen historisch besonders verbunden ist.

Nordrhein-Westfalen führt diesen Dialog auf den verschiedensten Ebenen. Der interregionale Dialog in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission, den Nordrhein-Westfalen federführend für die deutschen Länder gestaltet, nimmt dabei einen wichtigen Raum ein. In 2020 ist Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern) das Gastgeberland. Nordrhein-Westfalen übernimmt als deutscher Ko-Vorsitz, wie in den vergangenen Jahren, einen Teil der Kosten. Ebenso soll die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien, die auf der Grundlage jeweils zu erneuernder ‚Gemeinsamer Erklärungen zur Zusammenarbeit‘ fortgeführt werden soll, intensiviert werden. Dabei sollen noch stärker als bisher Zukunftsthemen in den Mittelpunkt gestellt werden. In 2020 ist Nordrhein-Westfalen zudem Gastgeber der 5. Sitzung der Gemischten Regierungskommission NRW-Ungarn. Die Kooperationen und internationalen Beziehungen sollen darüber hinaus im Jahr 2020 strategisch erweitert werden. Dabei bietet insbesondere Südeuropa Potential.

Die Landesregierung ist bestrebt, auch nach dem Brexit möglichst enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zum Vereinigten Königreich zu erhalten. Das gilt auch für den Jugendaustausch und für Städtepartnerschaften.

Nordrhein-Westfalen und Benelux bilden einen einzigartigen europäischen Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum. Die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit der Benelux-Union nutzt der Profilierung einer europäischen Kernregion. Vor diesem Hintergrund bilden die Beziehungen Nordrhein-Westfalens mit dem Benelux-Raum weiterhin einen besonderen Schwerpunkt der Europapolitik der Landesregierung. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowohl im Rahmen der Benelux-Union als auch bilateral mit den Föderalregierungen der Benelux-Staaten sowie mit den dezentralen Ebene in den Niederlanden und Belgien wird weiter ausgebaut. Ein wichtiges Ziel bleibt weiterhin, die grenzbedingten Hindernisse soweit wie möglich abzubauen.

Im Hinblick auf die Niederlande bilden der sog. New-Governance-Prozess, die Grenzlandkonferenzen und die regelmäßigen Regierungskonsultationen einen Schwerpunkt in der Zusammenarbeit. Die Kooperation mit Belgien intensiviert sich mit allen Regionen, u.a. befindet sich das mit der Wallonie erneuerte Kooperationsabkommen in der Umsetzung, ebenso wie Beschlüsse der im Januar 2019 stattgefundenen gemeinsamen Regierungssitzung mit Flandern. Mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien hat sich die Zusammenarbeit z.B. in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit weiterentwickelt.

Die Kooperation mit unseren Benelux-Partnern ist weiterhin eng und soll noch weiter intensiviert werden. Ein wichtiges Instrument ist hierbei die im April 2019 unterzeichnete erneuerte politische Erklärung, die konkrete Kooperationsbereiche benennt und eine strategische Zusammenarbeit sicherstellt. Die Unterstützung der vier Euregios, die dem Land wichtige Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleiben, soll auch in den folgenden Jahren gesichert werden.

Das Beneluxjahr 2019 hat die Beziehungen Nordrhein-Westfalens mit dem Beneluxraum auch für eine bisher nicht mit diesem Thema befasste Öffentlichkeit präsent gemacht. Wir wollen, dass diese Dynamik auch über 2019 hinaus erhalten bleibt und somit zu einer nachhaltigen Intensivierung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit dem Benelux-Raum führt. Wir stellen Mittel bereit, damit zahlreiche Maßnahmen, Veranstaltungen und gemeinsame Projekte durchgeführt und (mehr) Formate mit den nationalen Regierungen realisiert werden, wie z.B. die 2. Grenzlandkonferenz 2020.

Kapitel 02 010 Titelgruppe 64 und Kapitel 02 040 - Internationale Arbeit und Eine Welt

Der enge freundschaftliche Kontakt und die Pflege der Beziehungen zu unseren internationalen Partnern ist wirtschaftlich und gesellschaftlich ein wichtiges Anliegen der Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Wir halten somit nicht nur unsere eigenen Interessen im Auge, sondern auch die unserer Partner und stärken damit die vertrauensvolle Zusammenarbeit, vor allem mit China, Ghana, Israel, Japan, Jordanien, Kanada, Russland, USA und der Türkei. Eine Kooperation mit Lateinamerika streben wir an. Die Landesregierung wird auch weiterhin im Rahmen ihrer internationalen Arbeit konkrete Vorhaben umsetzen und in internationalen Netzwerken aktiv sein.

Die Landesregierung wird die bereits bestehenden intensiven Beziehungen zu Israel, auch mit Blick auf unsere historische Verantwortung, weiter ausbauen und vertiefen. Deshalb ist es uns ein Anliegen, ein Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel aufzubauen, welches unsere gemeinsamen Aktivitäten bündelt und koordiniert. Der Aufbau und der Betrieb ist ein Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Landes 2020.

Die USA sind und bleiben gemeinsam mit Japan sowie Israel unsere wichtigsten Partner außerhalb der Europäischen Union. Mit China und Russland zählen sie zu den wichtigen Außenhandelspartnern unseres Landes. Es ist wichtig, dass wir diese Verbindungen pflegen und weiter ausbauen. Auf allen Ebenen und gerade auch im Dialog auf subnationaler Ebene. Wir sind zuversichtlich, dass dies gelingen wird und Nordrhein-Westfalen mit seinen langjährigen guten bilateralen Beziehungen und einem breiten globalen Netzwerk gut aufgestellt ist.

Gleichzeitig wollen wir die bestehenden Beziehungen zu Südamerika weiter verfestigen.

Die entwicklungspolitische Arbeit in Nordrhein-Westfalen wird sukzessive an den neuen entwicklungspolitischen Schwerpunkten ausgerichtet und es sollen in der In- und Auslandsarbeit auch neue Akzente gesetzt werden.

Entwicklungspolitische Arbeit im Ausland

Nordrhein-Westfalen und Ghana verbindet seit 2007 eine Partnerschaft, die weiter intensiviert werden soll. Die Zusammenarbeit basiert auf drei Säulen: Die Landesregierung arbeitet eng mit dem Düsseldorfer GIZ-Büro zusammen, das mit Unterstützung des Landes Projekte in Ghana umsetzt. Zudem fördert Nordrhein-Westfalen mit seinem „Auslandsprogramm“ Projekte der Zivilgesellschaft. Und drittens soll der Verwaltungsaustausch zwischen Mitarbeitern der nordrhein-westfälischen und der ghanaischen Verwaltung fortgesetzt werden. Zentrale Herausforderung bleibt die Entwicklung neuer Beschäftigungsperspektiven. Hierfür möchten wir die berufliche Bildung und den Zugang junger Unternehmen zu Kapital noch stärker in den Fokus nehmen.

Seit 2015 engagiert sich Nordrhein-Westfalen mit Projekten zur Fluchtursachenbekämpfung im Nahen Osten, insbesondere in Jordanien. Ziel des Engagements ist es, nach der durch den syrischen Bürgerkrieg ausgelösten Flucht- und Migrationsbewegung nach Europa 2015 einen Beitrag zur politischen Stabilität vor Ort zu leisten. Inhaltlich werden im Rahmen der Projektförderungen zur Fluchtursachenbekämpfung insbesondere Programme unterstützt, die die Perspektiven für die Menschen vor Ort verbessern sollen.

Entwicklungspolitische Arbeit in Nordrhein-Westfalen

Von besonderer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen bleibt in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit das „Eine Welt-Promotoren-Programm“, das dem Kernanliegen, das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure der Eine Welt Arbeit zu stärken und entwicklungspolitische Themen verstärkt in die Breite und Fläche zu tragen, erfolgreich Rechnung trägt. Die Landesregierung wird dieses Programm – gemeinsam mit dem Bund - weiter über das Kapitel 02040 Titel 684 20 fördern. Die Landesregierung wird mit den Trägerorganisationen des Programms, Eine-Welt-Netz NRW und Engagement Global diese inhaltlich weiterentwickeln. Dabei steht die zielgerichtete Arbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern aus allen gesellschaftlichen Bereichen sowie mit der Wirtschaft, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen, stärker im Mittelpunkt.

Die Landesregierung wird die traditionell engen Kontakte zu den zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Hilfswerken und Stiftungen des Landes weiterhin pflegen und fördern. Bewährte Förderprogramme zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit werden auf dem Niveau des Vorjahres unterstützt. Dabei werden wir die Programme zielgerichtet an den Neuen Entwicklungspolitischen Schwerpunkten ausrichten. In diese Neuausrichtung sollen auch die Ergebnisse der Evaluierung der beiden Förderprogramme „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit NRW“ und „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit NRW“ einfließen.

Ziel der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit ist es u.a., insbesondere solche Aktivitäten zu fördern, die in breiteren Bevölkerungskreisen Nordrhein-Westfalens das Bewusstsein für die komplexen globalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Zusammenhänge unserer Zeit schärfen. Die entwicklungspolitischen Programme der Landesregierung sollen deshalb künftig auch neue Zielgruppen erreichen. Die in der Zivilgesellschaft vorhandene Expertise soll dabei insbesondere jungen Menschen in Schulen und anderen – auch außerschulischen – Bildungseinrichtungen vermittelt werden. Dabei gilt es vor allem auch junge Menschen zu erreichen, die für die Themen der Agenda 2030 und globale Zusammenhänge bislang noch wenig aufgeschlossen sind.

Internationaler und UN-Standort Bonn

Durch den Haushalt 2020 wird der internationale und UN-Standort Bonn im Jahr 2020 maßgeblich gestärkt. Die Landesregierung wird Bonn als Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeitsstrategien und internationale Politik weiter über diese Haushaltsansätze fördern. Projekte und Veranstaltungen zur Unterstützung der Stadt Bonn bei der Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen unterstützt und begleitet die Landesregierung über diesen Ansatz.

Die Gründung der „Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik“ am Standort Bonn soll dazu einen Beitrag leisten und Bonn zugleich auch als UN- und Wissenschaftsstandort stärken. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Akademie wird die Einrichtung eines Fellow-Programms stehen. Es soll einen internationalen und interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch in Bonn befördern.

Die Akademie soll dazu jährlich wechselnd hochqualifizierte nationale wie internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen einladen und während ihres Forschungsaufenthaltes betreuen. Ziel ist es, den Austausch der wissenschaftlichen Fellows untereinander sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft zu ermöglichen. Durch die Arbeit der Akademie sollen zudem auch über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens hinaus Impulse für die Bewältigung großer internationaler Herausforderungen gegeben werden. Für die Gründung der „Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik“ haben wir neue Mittel in diesem Kapitel ausgewiesen.

Kapitel 02 010 Titelgruppe 80 - Vertretung des Landes beim Bund

Die Landesvertretung vertritt die Interessen Nordrhein-Westfalens und der Landesregierung gegenüber den Verfassungsorganen des Bundes und den Entscheidungsträgern in der Bundeshauptstadt, präsentiert durch unterschiedliche Veranstaltungen das Land Nordrhein-Westfalen in seinem Facettenreichtum und gestaltet den politischen Diskurs in der Hauptstadt mit. Entsprechend ihrer Kernaufgaben wirkt die Landesvertretung vor allem über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Dazu stimmt sie sich eng mit den Länderressorts ab und tauscht sich mit Bundesregierung, Bundestag und anderen Ländern aus. Für die Vertretung des Landes in den Ausschüssen des Bundesrats und in dessen Plenum sowie im Vermittlungsausschuss ist die Landesvertretung verantwortlich und entsendet zudem Beauftragte in die Ausschüsse des Bundestages. Ein Austausch findet zudem mit Verbänden, Unternehmen usw. im Interesse des Landes statt.

Überdies werden von der Landesvertretung aus auch die Interessen des Landes in der Europapolitik in Berlin vertreten. Das gilt sowohl für die Arbeit im Bundesrat nach Art. 23 GG als auch für den Austausch mit europapolitischen Akteuren. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich im Jahr 2020 unter anderem aus der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie aus den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen.

Für die Leitung der Europapolitik und die Verstärkung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft hat die Landesvertretung ein eigenes Referat eingerichtet. Schließlich zählt auch die internationale Kontaktpflege zu den Aufgaben der Landesvertretung. Nicht zuletzt aufgrund des mit Dienstsitz in der Landesvertretung Berlin verankerten Staatssekretärs für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales hat sich der Austausch mit Entscheidungsträgern und Repräsentanten diplomatischer Vertretungen intensiviert. Auch die Übernahme des Mandats des Deutsch-Französischen Kulturbvollmächtigten durch Ministerpräsident Armin Laschet und die Verortung der Leitung seines hierfür eingerichteten "Büro II" in der Landesvertretung hat die Dichte hochrangiger Expertenkommissionsveranstaltungen und den Austausch mit Entscheidungsträgern im deutsch-französischen Kontext erheblich intensiviert.

Durch Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit präsentiert die Landesvertretung das Land und gestaltet politische Debatten mit. Dabei versteht die Landesvertretung sich als "Botschaft des Westens", was nicht nur geographisch sondern gerade auch ideell gemeint ist. Dabei befindet sich die Landesvertretung in der Hauptstadt im besonderen Wettbewerb mit den Vertretungen anderer Länder und deren Repräsentanten. Die Landesregierung will die Interessen Nordrhein-Westfalens auf Bundesebene erkennbar zur Geltung bringen und das Land als prägenden politischen Akteur präsentieren. Hierfür ist eine professionelle Öffentlichkeits- und Pressearbeit im parlamentarischen Raum und im gesellschaftspolitisch relevanten Umfeld unverzichtbar. Hierzu gehören unter anderem Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, Interviews und Fachgespräche zu politisch relevanten Themen.

Mit der kontinuierlichen Gestaltung des Veranstaltungsprogramms und neuen Formaten verfolgt die Landesvertretung das Ziel, das Land Nordrhein-Westfalen als inhaltlich und strategisch treibende Kraft zu etablieren. Hierfür setzt und intensiviert die "Botschaft des Westens" Impulse für die Zukunft unserer Freiheitsordnung. Der kulturelle Reichtum und die wirtschaftliche Leistungskraft Nordrhein-Westfalens können im Rahmen von Veranstaltungen, Ausstellungen und anderen Formaten beim Austausch mit Entscheidungsträgern in der Hauptstadt gezeigt werden. Auch Diskussionsreihen wie "Die Zukunft des Westens" oder "Europa prospektiv" und fachpolitische Gesprächsformate illustrieren dies genauso wie das Programm an Kulturveranstaltungen aus allen Sparten, für die vor allem Künstlerinnen und Künstler aus Nordrhein-Westfalen engagiert werden.

Schließlich empfängt die Landesvertretung als bürgeroffenes Haus eine große Anzahl von Besuchergruppen. Insgesamt frequentieren rund 30.000 Besucherinnen und Besucher jährlich die Landesvertretung. Dieses Niveau gilt es auch in Zukunft zu halten.

Kapitel 02 010 Titelgruppe 90 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Für die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union ist für 2020 ein Gesamtansatz von 4.618.800 EUR vorgesehen. Die Landesvertretung wird auch in 2020 die Interessen Nordrhein-Westfalens gegenüber den europäischen Institutionen vertreten und als besonders wichtige Schnittstelle zwischen dem Land und der Europäischen Union fungieren. Insbesondere im Hinblick auf die neue Europäische Kommission, die voraussichtlich im November dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen wird, gilt es für die Landesvertretung, Nordrhein-Westfalen als attraktiven Gesprächspartner bei den europäischen Institutionen zu vermitteln. Sowohl die Stärken des Landes als auch dessen Anliegen sollen aktiv in die Arbeit der neuen Kommission eingebracht werden. Zudem hat die Landesregierung auf ihrer Auswärtigen Kabinettsitzung am 18. Juni 2019 europapolitische Schwerpunkte beschlossen, die im besonderen Maße als Leitlinien für die tägliche Arbeit der Landesvertretung gelten. Erstmals wird in 2020 - mit Ausnahme des MSB - jedes Ressort mit einer eigenen Fachreferentin / einem eigenen Fachreferenten vertreten sein.

Mit Beginn des Jahres 2020 wird Nordrhein-Westfalen den Vorsitz der deutschen Delegation beim Europäischen Ausschuss der Regionen übernehmen. Damit verbundene Koordinierungs- und Sekretariatsaufgaben werden von der Landesvertretung aus wahrgenommen. Die Landesvertretung möchte im nächsten Jahr noch stärker bei ihrer Außendarstellung auf digitalisierte, auch audio-visuelle Medien setzen, um ihre Zielgruppen zu erreichen, z.B. durch die Nutzung von Periscope zur Live-Übertragung von einzelnen Veranstaltungsteilen. Mehr als 19.400 Gäste besuchten die Landesvertretung im Jahr 2018; das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um mehr als 12 %. Ein erheblicher Anteil dieses Wachstums entfällt auf die zunehmende Anzahl der Besuchergruppen (2017: 137 Gruppen / 2018: 161 Gruppen), die sich über die Arbeit der Landesvertretung bei der Europäischen Union informieren. Es wird auch in Zukunft mit einem stetigen Anstieg der Besucherzahlen gerechnet. Für das Jahr 2020 sind, z.B. wegen des Beethoven-Jahres sowie im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, viele zusätzliche Veranstaltungen in Planung.

Kapitel 02 010 Titelgruppe 69 – Ruhr-Konferenz

Das Ruhrgebiet hat das Potential, zu einer Metropolregion der Zukunft zu werden. Die Ruhr-Konferenz soll dazu den entscheidenden Impuls geben.

In der ersten Phase 2019 haben 20 Themenforen in 50 Veranstaltungen mit 4000 Beteiligten mögliche Projekte diskutiert und priorisiert und 75 Projektvorschläge vorgelegt. Im Rahmen der aktuellen Phase „Entscheiden“ werden unter der Einbeziehung von Stellungnahmen ein abgestimmtes Paket von Leit- und Einzelprojekten für das Programm der Ruhr-Konferenz erarbeitet, über das die Landesregierung nach den Herbstferien beschließen möchte. Ziel ist es, 2020 mit der Umsetzung der ersten Projekte die dritte Phase der Ruhr-Konferenz – Handeln – zu beginnen

Umsetzung und Finanzierung der Ruhr-Konferenz-Projekte erfolgen in der Verantwortung des jeweils federführenden Fachressorts. Aufgabe des Arbeitsstabs Ruhr-Konferenz ist es in dieser Phase, die Umsetzung der Projekte und die Information aller Beteiligten sowie der Öffentlichkeit zu koordinieren, das Programm-Monitoring einzurichten und der Landesregierung laufend aktuelle Berichte über das Gesamtprojekt vorzulegen.

Hierzu ist geplant, in 2020 durch Maßnahmen der projekt-begleitenden Öffentlichkeitsarbeit die Wahrnehmung des Programms als gemeinschaftlichen gesamtregionalen Veränderungsprozess aufrecht zu erhalten. Dazu zählen u.a. die Durchführung von Vor-Ort-Veranstaltungen bei Erreichen von Projektmeilensteinen, die Durchführung Projekt-übergreifender Beteiligungsformate sowie die Erstellung von Fortschrittsberichten für Öffentlichkeit und Stakeholder.

Darüber hinaus sollen Projektplanungsleistungen erbracht werden. Auch hierzu ist das Einbeziehen externer Dienstleister möglich.